

Leipziger Volk

Denkt an den 14. September

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einchl. Bringerlohn 2.- für Selbstabholer 1.90 Mk. - Durch die Post bezogen 2.- Mk. ohne Bestellgeld. Telefon Sammelnummer 72206. Postfachkonto: Leipziger Buchdruckerei W. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauscher Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. - Verlag in Leipzig, Tauscher Straße 19/21 - Telefon 72206

Inseratenpreise: Die 10 Gelp. Kolonelle 35 Pf., bei Platzvorschlag 40 Pf., Stellenangebote 10 Gelp. Kolonelle 25 Pf., Familiennachrichten von Verstorbenen die 10 Gelp. Kolonelle mit 50% Nachsch. Reklamezettel 2 Mk., Inserate v. ausw. die 10 Gelp. Kolonelle 40 Pf., bei Platzvorschlag 50 Pf., Reklamezettel 2.25 Mk.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Defizitwirtschaft einer Bürgereregierung

Rücktritt des bayrischen Kabinetts

Die Sozialdemokratie zur Regierungsbildung aufgefordert

Ueber die Schlachtsteuer gestolpert

SPD München, 20. August.

Die Bürgerblockregierung in Bayern ist gekürzt. Der Bayerische Landtag lehnte am Mittwoch mit 65 gegen 58 Stimmen die Schlachtsteuer ab. Daraufhin teilte Ministerpräsident Dr. Held dem Präsidenten des Landtages den Rücktritt des Gesamtkabinetts mit. Der Gesamtrücktritt ging der Rücktritt des Finanzministers Dr. Schmölze voraus. Die Sitzung des Landtages nahm einen äußerst spannenden Verlauf. Die Tribünen waren bereits eine Stunde vor Beginn überfüllt. Ein letztes Mal unternahm der Finanzminister den aussichtslosen Versuch, eine Mehrheit für seine Schlachtsteuer zu bekommen. Er wies auf die große historische Bedeutung der Steuer hin. In starker Uebertreibung beschwor er den Landtag, zu bedenken, daß es nicht um die Frage der Schlachtsteuer allein gehe, sondern darum, ob Bayern in Zukunft ein selbständiger Staat bleibe oder ob es zu einem geographischen Begriff herabsinken solle. Mit der Schlachtsteuer, die wohlgerneht im günstigsten Falle 8 Millionen einbringen würde, fällt der bayrische Staat damit das letzte Bollwerk des Föderalismus in Deutschland. Nach dem Finanzminister kündigte Ministerpräsident Dr. Held an, daß er bei einer Ablehnung der Schlachtsteuer mit

der Sozialdemokratie verhandeln werde, daß an den 28 Millionen betragenden freiwilligen Leistungen des Bayerischen Staates an die Kirchengemeinschaften zunächst einmal 8 Millionen abgestrichen werden. Diesen Antrag lehnten alle bürgerlichen Parteien geschlossen ab, obwohl in den letzten Wochen in der bürgerlichen Presse und in den Versammlungen der bürgerlichen Parteien sich die Stimmen mehten, denen die Last der 28 Millionen freiwillige Leistungen unerträglich zu werden beginnt. Weitere Deckungsvorschläge von anderen Parteien wurden ebenfalls abgelehnt. Annahme fand lediglich ein nichtsjagender Antrag der Bayerischen Volkspartei, durch den im bayrischen Haushalt bis zum Jahre 1935 nach und nach rund 10 Millionen Mark eingesparrt werden sollen.

Die Bayerische Volkspartei gab nach ihrer Niederlage eine demagogische Erklärung ab, aus der zu ersehen war, wie sie sich die weitere Entwicklung der Dinge denkt. Sie erklärte, daß es ihr unmöglich geworden sei, die politische Verantwortung für das zu tragen, was aus dem Verlagen der Mehrheit des Landtages an schweren Folgen für den bayrischen Staat und die bayrische Wirtschaft entstehen werde.

Unter den gegebenen Umständen wäre es das Vernünftigste, den Landtag aufzulösen und das Volk zu befragen. Das ist aber im Augenblick nicht möglich, da Bayern kein gültiges

Völkerbund und „geistige Zusammenarbeit“

Die Pleite einer „großen Idee“!

F. H. Zu den vielen Dingen, die im Geiste „internationaler Völkerverständigung“ (lies der Politik der kapitalistischen Staaten) in den Bonnemontaten Wilsonscher Traumideen geschaffen wurden, gehört das „Internationale Institut für geistige Zusammenarbeit“. Ehrliche pazifistische Träumer, ehrgeizige Diplomaten, naive Weltverbesserer und politische Geschäftemacher fanden sich zusammen, um in Paris der internationalen geistigen Zusammenarbeit zu frönen. Jahrelang fanden Konferenzen und Sitzungen, Beratungen und Besprechungen, Erhebungen und Enquêtes statt. Bergehoch türmten sich die Aktenbände und Resolutionen, die Vorschläge und Empfehlungen, ein Betrieb von unbestreitbarer empfindlicher Regelmäßigkeit, ein Gemisch aus Völkerverständigung auf bürgerlich-pazifistischer Basis und feiner Politik aus diplomatisch-kapitalistischen Motiven wurde unter Führung des Franzosen Luchaire entriert und die Freude unter den imperialistischen Staatsmännern der einzelnen Staaten war groß darüber, daß auch „etwas“ für die geistige Zusammenarbeit geschehe.

Jetzt ist der Traum zu Ende. Das Institut soll von Paris nach Genf übersiedeln und diese Veränderung des Domizils ist keine rein technische Angelegenheit. Man murmelte zwar zuerst etwas davon; daß die Mieten in Genf geringer seien, daß auch die sonstigen Spejen in der Völkerbundstadt auf ein erträglicheres Maß herabgemindert werden könnten, große Optimisten sahen sogar in der Auswanderung in die Schweiz einen „Erfolg“. Sie meinten, es müßte doch für die „Zusammenarbeit“ äußerst günstig sein, wenn sie am Sitz des Völkerbundes gescheitert werden könnte.

So die offizielle Lesart, und es wird zweifelsohne in den kommenden Wochen bei den Völkerbundsberatungen der Beschluß gefaßt werden, die geistige Zusammenarbeit in den jungfräulich-pazifistischen Schoß der Wilsonschen Gründung aufzunehmen, und der Vertreter Mussoliniens wird einer der ersten sein, der mit lobender Begeisterung diesem Plane zustimmen wird. . . . Kein Eingeweihter wird allerdings bestreiten können, daß die Sühneverlegung des Institutes das praktisch-organische Ende der „großen Idee“ ist, die unter Führung des Herrn Luchaire die Welt von dem kriegerischen Geiste und dem Völkerverhaß erlösen sollte!

Wie es zu dieser Pleite kam? Eine lange Geschichte voll Komplikationen und wenig wichtiger Details in technischer Verwaltungsmäßiger Beziehung, Dinge, die außer die unmittelbar Beteiligten kaum jemand interessieren. Bedeutender ist aber, daß in einer Zeit der allgemeinen Völkerverständigung, der Rheinländeräumung und der „Befriedung“ der Reparationsfrage das Institut für internationale geistige Zusammenarbeit praktisch liquidiert wird. Warum? Ist der Pazifismus und die Völkerverständigung schon in solchem Umfange Gemeingut der Nationen geworden, daß das Institut an seinem Mangel an Aufgaben und Wirkungsmöglichkeiten scheiterte? Bedeutet also die Tatsache, daß das Institut liquidiert werden konnte, einen Fortschritt?

Wir müssen das verneinen und sehen in der organisatorischen Liquidierung des Institutes die Pleite einer großen Idee, nämlich des Gedankens der Völkerverständigung im bürgerlich-kapitalistischen Sinne! Was bedeutete dieser Gedanke? Die Völker, die Bewohner der einzelnen Staaten sollten einander näher gebracht werden. Nationale Gegensätze, staatliche Differenzen, völkische Aversionen und Vorurteile sollten „überwunden“ werden. Das war das Ziel des Institutes, dem Herr Luchaire bis vor kurzem vorstand, das ist die Zielsetzung, deren Unmöglichkeit man in den letzten Jahren mit peinlicher Deutlichkeit eingesehen hat.

Woran scheiterte sie? „Völkerverständigung“ im bürgerlich-kapitalistischen Sinne setzt die Existenz eines einheitlichen Volkes und eines einheitlichen Volkswillens voraus. Sie kann nur dann propagiert und gefördert werden, wenn bestimmte Allgemeingefühle und Allgemeinurteile eines Volkes über das andere bestehen. Früher sagte man gelegentlich: „der Kolosse“, „die Deutschen“, „Albion“. Heute gehören diese Kollektivbezeichnungen höchstens noch zu den Bezeichnungen geistig und politisch unmündiger Stammstämme. Jeder wirkliche Urteilsfähige weiß, daß für die Einstellung Deutschlands zu Frankreich kein Maßstab und keine Beurteilungsnorm vorhanden ist. Die Eisenindustrie wird sich zum Beispiel nach dem Stand von internationalen Kartellverhandlungen orientieren, der deutsche Weinhändler wird die Konkurrenz seiner französischen Kollegen fürchten und erst dann Frankreich „positiv“ gegenübersehen, wenn der deutsche Schutzoll eine bestimmte Höhe erreicht hat, kurz, die Kapitalisten entscheiden sich „für“ oder „gegen“ Frankreich nach jeweilig vorliegenden ökonomisch-egoistischen Gesichtspunkten.

Von diesen Interessen wird ihr Gesamturteil zu einem bestimmten Staate und einem bestimmten Volke abhängig Beispiel die eigenen Berufscollegen „sympathisch“, die Arbeiter des anderen Landes aber wegen ihres Klassenkampfgeistes wenig liebens- und lobenswert erscheinen. Und wird es umgekehrt bei der Einstellung der Arbeiterschaft anders

Neues Reichswahlgesetz

Vom Reichskabinett verabschiedet

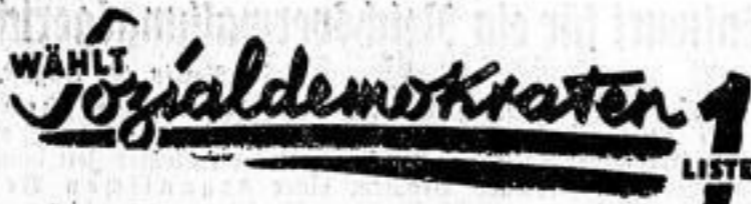
SPD. Amtlich wird mitgeteilt:

Das Reichskabinett verabschiedete in seiner Mittwoch-Sitzung den von dem Reichsinnenminister Dr. Wirth vorgelegten Entwurf eines Reichswahlgesetzes, der nunmehr dem Reichsrat zugeleitet werden wird.

Der Entwurf geht davon aus, die besonderen Mängel des geltenden Wahlrechts, die großen Wahlkreise und die langen Listen und die dadurch hervorgerufene Entpersönlichung und Mechanisierung der Wahl zu beheben. Der Wähler soll wieder unmittelbar an die Reichswahlbildung herangebracht, der Gedanke der Verbundenheit des Abgeordneten mit seinem Wahlkreis und die parteipolitische Konzentration gefördert werden. Zur Erreichung dieser Ziele sieht der Entwurf eine wesentliche Verkleinerung der Wahlkreise, die Beseitigung der Reichsliste und den Wegfall des amtlichen Stimmzettels vor. Es werden 102 Wahlkreise gebildet, die

zu 31 Verbänden, diese zu 12 Ländergruppen zusammengefaßt sind. Die Verteilungszahl, auf die ein Abgeordneter entfällt, beträgt 70 000. Einzelnen Persönlichkeiten wird durch das neue Wahlgesetz der Weg zum Parlament wieder eröffnet. Der Einreichung von Wahlvorschlägen bedarf es nicht mehr. Innerhalb der Parteien, die Sitze in den Verbänden erhalten haben, wird ein verhältnismäßiger Ausgleich in den Ländergruppen vorgenommen. Schon durch den Wegfall der Reichsliste wird eine Verminderung der Zahl der Abgeordneten erreicht. Diese verstärkt sich durch die in Aussicht genommene Verteilungszahl von 70 000.

Der Entwurf sieht bewußt von verfassungsändernden Regelungen ab.



dem Gesamtministerium die Konsequenzen ziehen werde. Die Opposition, deren Führung die sozialdemokratische Fraktion in dem Kampf gegen die Schlachtsteuer konsequent und zielklar inne hatte, ließ sich durch die letzten Einschüchterungsversuche der Regierung nicht irremachen. Der sozialdemokratische Redner Adernann rechnete scharf und wirkungsvoll mit der Bürgerblockpolitik ab. Mit Nachdruck wies er die Versuche Helldes zurück, die Verantwortung für die völlig verfallene Finanzlage des bayrischen Staates der Opposition und insbesondere der Sozialdemokratie zuzuschreiben.

Nicht die abgelehnte Schlachtsteuer habe das Defizit gebracht, sondern die zehnjährige Bürgerblockpolitik habe zu dem riesigen Defizit im Haushalt geführt, das inzwischen auf 130 Millionen angeschwollen sei.

Wer auch die kommende Regierung in Bayern antrete, übernehme ein Erbe, das man sich trauriger kaum vorstellen könne.

Es folgte eine sehr erregte Aussprache. Dann kam es zur Abstimmung. Mit 65 Stimmen der Sozialdemokraten, des Bauernbundes, der Deutschen Volkspartei, der Kommunisten und der Nationalsozialisten gegen 58 Stimmen der Bayerischen Volkspartei und der Deutschnationalen wurde der sozialdemokratische Initiativantrag angenommen. Die Schlachtsteuer war endgültig gefallen.

Die Sozialdemokratische Fraktion wartete sofort mit neuen Deckungsanträgen auf, bei deren Annahme der durch die Ablehnung der Schlachtsteuer verursachte Ausfall hätte wettgemacht werden können. Sie forderte zunächst die sofortige Inangriffnahme einer durchgreifenden Reform der bayrischen Staatsverwaltung. Das wurde abgelehnt, weil die Bayerische Volkspartei und ihr Ministerpräsident eine Ausschaltung der Volksvertretung wollten, also eine Blankovollmacht für die Regierung, die wiederum die Sozialdemokratie unmöglich ausstellen konnte. Der zweite Antrag

Wahlgesetz hat. Jetzt ist es zur unumgänglichen Pflicht des Landtages geworden, schnellstens ein mit der Verfassung im Einklang stehendes neues Wahlgesetz zu schaffen und dann auseinanderzugehen. Vor dem 14. September dürfte allerdings auch in diesem Punkte keine Entscheidung mehr fallen.

Das Kabinett Held führt zunächst die Regierung als Geschäftsmministerium weiter.

Kabinettsbildung durch die Sozialdemokratie?

München, 20. August.

Wie die Bayerische Volkspartei-Korrespondenz mitteilt, hat der Landtag spräsident am Mittwochnachmittag über die Neubildung des Kabinetts mit dem sozialdemokratischen Abgeordneten Endres verhandelt. Endres hat sich keine Stellungnahme bis zu der am kommenden Dienstag stattfindenden Sitzung seiner Fraktion vorbehalten.

Die „Bayerische Staats-Zeitung“ erklärt, der Landtag habe einen Trümmerhaufen zurückgelassen, und das Land sei in eine Krise gestürzt, deren Verlauf und Ausgang sich gar nicht übersehen lasse. Der Bauernbund läßt in seiner Korrespondenz erklären, er weise den Vorwurf, die Schlachtsteuer aus parteipolitischen Gründen abgelehnt zu haben, mit aller Entschiedenheit zurück. Er habe vielmehr Schluss machen wollen mit der den Mittelstand zugrunde richtenden Steuerpolitik, und die Verantwortung für die Lage, die durch die rückwärtslose Steuerpolitik der bayrischen Regierung geschaffen worden sei, trage niemand anders als die Regierung allein.